



Wiesbaden, 20.02.2024

**Ernste Sorge um Polizeinachwuchs in Hessen: Zu wenig Studierende haben im Februar ihr Studium bei der Polizei begonnen**

## Hessen ist nicht erste Wahl beim Polizeiberuf!

**Wiesbaden.** An den vier Standorten der HöMS sollten nach Willen der Landesregierung Mitte Februar rund 280 Studierende ihr Studium beginnen. Tatsächlich wurden 211 junge Kolleginnen und Kollegen in dieser Woche eingestellt. Ein historisch niedriges Niveau! Woran liegt das? Fakt ist, trotz großer Anstrengungen der Einstellungsberater in den Präsidien und an der HöMS ist es offensichtlich nicht gelungen, genügend junge Menschen für das Polizeistudium bei der hessischen Polizei zu gewinnen.

Nach Einschätzung der GdP-Hessen muss die Landesregierung deutlich mehr Anstrengungen unternehmen. Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag reichen bei weitem nicht aus und die Angst vor einem Nachtragshaushalt ist kein derzeit guter Berater! **Vor dem Hintergrund der verfassungswidrigen Besoldung und der Tatsache, dass Polizeianwärter in Hessen teuren Wohnraum anmieten müssen, gelingt es mal wieder nicht, die dringend erforderlichen Einstellungsraten zu füllen. Klare Forderung der GdP: In die besten Köpfe zu investieren ist eine Investition in die Zukunft der Polizei!**

Immer neue und fordernde Kriminalitätsfelder sind nicht nur Herausforderungen, die gute Rahmenbedingungen für Berufsanfänger erfordern und den personellen Mehrbedarf rechtfertigen! Investitionen in Technik und Forensik nutzen nur, wenn Menschen technische Features nutzen, um schwerste Straftaten aufzuklären! Prävention und Sichtbarkeit durch Beamtinnen und Beamte auf den Straßen sorgen für ein gutes Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung.

**GdP-Chef Jens Mohrherr sagte dazu: „Im Ringen um die besten Köpfe in 16 Bundesländern und bei der Bundespolizei wird Hessen abgehängt. Eine nachhaltige Einstellungsoffensive bei der Polizei fordert qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Wir fordern neben angemessener Bezahlung auch bezahlbaren Wohnraum für unsere Studierenden!**

Neben der derzeitigen Überbelastung und den vielen Fehlstellen in den Dienst- und Ermittlungsgruppen, Überstunden und Zusatzdienste sind an der Tagesordnung, bereiten der GdP **sinkende Einstellungszahlen große Sorge!** Die Sicherheitsoffensive in Hessen verkommt „zu Farce“, wenn jetzt nicht zeitig und nachhaltig gehandelt wird!

**Mohrherr abschließend: „Die nächsten Wochen und die damit einhergehenden Tarifverhandlungen werden deutlich machen, was wir Polizeibesetzten dem Arbeitgeber WERT sind! Die Landesregierung ist am Zug!“**

Kontakt:  
Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60 a, 65183  
Wiesbaden  
Telefon: 0611 99 22 7 -0  
Landesvorsitzender:  
Jens Mohrherr  
E-Mail: [jens.mohrherr@gdp.de](mailto:jens.mohrherr@gdp.de)  
Mobil: + 49 151 2921 8934  
Internet: [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)